

Kehrtwende bei Allgemeinbildung

Berufslehre Ein Fach steht bei jedem Lehrling auf dem Stundenplan, egal ob angehende Coiffeuse oder KV-Stift: der ABU, der Unterricht in Allgemeinbildung. Seit Jahren hürnen Bund, Kantone, Gewerkschaften und Arbeitgeber an einer Reform. Eine geplante Neuerung stösst dabei auf grossen Widerstand: die Abschaffung der schriftlichen Abschlussprüfung in diesem Fach. Stattdessen sollte es neu ergänzend zur Abschlussarbeit eine mündliche Prüfung geben.

Nun krebst der Bund zurück. Der schriftliche Test soll nicht abgeschafft werden. Vielmehr soll jeder Kanton selbst entscheiden können, ob man auf eine schriftliche oder mündliche Prüfung setzt. Das gibt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation bekannt.

FDP-Präsident Burkart leistete Widerstand

Der Schritt erfolgt nach grossem Druck von Lehrpersonen und der Politik. Der Zürcher Verband der Lehrkräfte in der Berufsbildung argumentiert, dass es in Zeiten von künstlicher Intelligenz falsch sei, nur auf eine Arbeit zu setzen, bei der man sich nie sicher sein kann, was wirklich selbst verfasst worden ist und was von Diensten wie ChatGPT. Es kam zu Petitionen und Vorstössen, selbst FDP-Präsident Thierry Burkart wehrte sich gegen die Abschaffung der schriftlichen Prüfung.

Indem man den Entscheidung nun den Kantonen überlässt, greift der Bund einen Kompromiss des Ständerats auf. Noch ist der Entscheidung nicht definitiv. Erst haben die involvierten Verbände Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Die neuen Regeln sollen 2026 in Kraft treten.

Konrad Kuoni, Präsident des Zürcher Berufsschullehrerverbands, zeigt sich nur sehr verhalten erleichtert. Es sei mehr erreicht worden, als man anfänglich habe erwarten können. Doch: «Ich fürchte, dass der Kampf nun noch einmal von vorne losgeht – auf Stufe Kanton», sagt er. *(lha)*